

Protokoll des Treffens der AG NPuG am Montag 25.11.2019, 18 Uhr, im "Il Caminetto"

Anwesende: Volker, Martin, Erhard, Ekkehard (Protokoll), Klaus (Gast)

Kurze Vorstellungsrunde zur Begrüßung unseres Gasts

TOP 1 Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Angeregt durch unseren Gast ergibt sich eine lebhafte Diskussion zu den verschiedenen Aspekten des BGE. Wir vereinbaren, in absehbarer Zeit dieses spannende Thema, das inzwischen eine beachtliche Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt, vertieft zu behandeln.

Volker wird Klaus seine früheren Berechnungen bzw. Abschätzungen zur Finanzierbarkeit des BGE zusenden.

TOP 2 Mobilitätswende

Martin stellt neue Entwicklungen und Fragen zur Mobilitätsproblematik vor (anhand eines Artikels im Attac-Rundbrief 03/19), u.a. zu den Protestaktionen auf der IAA in Frankfurt.

Stichworte: E-Mobilität (Batterie- oder Wasserstofftechnik), autofreie Städte, Ausbau des ÖPNV, Gütertransport auf die Schiene,)

Siehe dazu auch: www.attac.de/kampagnen/verkehrswende

TOP 3 Karlsruher Klimabündnis

Das neugegründete Bündnis, dem sich inzwischen mindestens 28 Initiativen/Organisationen angeschlossen haben (darunter Fridays for Future, DGB, Attac, GWÖ, BUND, ...), wird sich am 26.11. auf einer Pressekonferenz im BUZO vorstellen und zur Teilnahme an der Klimastreik-Aktion am Freitag 29.11. aufrufen (mit Demo). An dieser werden wir uns auch beteiligen.

Inzwischen erschienen: <https://bnn.de/lokales/karlsruhe/neues-karlsruher-klimabuendnis-unterstuetzt-fridays-for-future-bei-globalem-streik>

TOP 4 Neues von Klimawandel und Energiewende

Volker referiert wieder über dieses immer aktueller werdende Thema, speziell nochmals über das "Klimapäckchen" der GroKo-Bundesregierung.

Seine schriftliche Zusammenstellung ist unten angefügt.

TOP 5 Geld für grünen Umbau

Erhard berichtet anhand eines Artikels in der SZ vom 23.11. über neue Pläne der Europäischen Investitionsbank (EIB). Sie will 1 Billion Euro für Investitionen in grüne Projekte ausgeben, verteilt auf die nächsten 10 Jahre. Für die Projektförderung soll ein Klassifizierungssystem erstellt werden, um sicherzustellen, dass die Mittel nicht in falsche Kanäle fließen.

Ein aufschlussreicher Artikel über die EIB, die übrigens wesentlich größer als die Weltbank ist (!), findet sich hier (kann auch bequem angehört werden):

https://www.deutschlandfunk.de/praesident-der-europaeischen-investitionsbank-hoyer-politik.868.de.html?dram:article_id=463802

TOP 6 Neuer NPuG-Email-Verteiler

Da sich neuerdings Probleme beim Beitritt zu unserer bisherigen (Yahoo-)Mailverteilerliste ergaben, beschließen wir, uns einen neuen Verteiler einzurichten entsprechend dem Attac-Standard. Die Adresse wird dann lauten: attac-karlsruhe-npug@listen.attac.de .

TERMINE:

Freitag 29. November: Internationaler Klimaaktionstag , ab 12 Uhr, Schlossplatz
<https://fridaysforfuture.de/neustartklima/>

Nächster Stammtisch Attac Karlsruhe:

Dienstag 10. Dezember 2019, 19:30 Uhr, Höpfner Burghof, Haid-und-Neu-Straße 18

Attac-Kongress "Mensch(lich) bleiben - Seele und Gesellschaft in neoliberalen Zeiten"

Samstag 11. Januar 2020, Tollhaus

"Wir haben es satt", Aktionstag für eine andere Landwirtschaft

Samstag, 18.1.2020, Tübingen (und Berlin)

Nächstes NPuG-Treffen: Montag 20.1.2020, 18 Uhr, BUZO, Kronenstr. 9

11. Februar 2020 Vortragsveranstaltung mit Karin Leukefeld, im Jubez

Neues von der Energie-Klima-Wende im November 2019

- 1. Das Klimaschutzgesetz¹ (ein wesentlicher Teil des Klimapakets) wurde am 15.11. vom Bundestag beschlossen (siehe #02).** Zum erstmals mal werden in diesem Gesetz für die einzelnen Sektoren (Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft) verbindliche jährliche Emissionsziele festgeschrieben, die regelmäßig überprüft werden sollen.
- 2. Für das Gesetz zum Kohleausstieg (einem weiteren wichtiger Baustein des Klimaschutz-Programms) liegt seit Mitte November ein Referentenentwurf vor (siehe #03 und #05).** Diesem Entwurf werden folgende Mankos angekreidet:
 - **Konkreten Abschaltzeiten fehlen** für zunächst 3.000 Megawatt Braunkohle-Kapazitäten, die bis Ende 2022 laut Kohlekommission vom Netz gehen sollen. Die Bundesregierung soll sich aber, so viel wurde bekannt, schon in finalen Verhandlungen mit den Betreibern befinden.
 - Für besondere Aufregung sorgt eine Regelung des Gesetzes, die landauf, landab als **Ausnahme vom Gesetz** („Lex Datteln“) für das neue große Steinkohlekraftwerk **Datteln 4** interpretiert wird.² Im Paragraphen 29 des Kohleausstiegs-Entwurfs heißt es nämlich wörtlich: "Es ist verboten, neue Stein- und Braunkohleanlagen in Betrieb zu nehmen, es sei denn, für die Kohleanlage wurde bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erteilt."
 - Der Gesetzesentwurf übernimmt übrigens alle rigiden Einschränkungen, die in diversen Regierungspapieren schon zuvor die Windenergie-Branche fesseln sollten. Windanlagen sollen demnach nicht zulässig sein, wenn sie in einem **Mindestabstand von weniger als 1.000 Metern** zur zulässigen Wohnbebauung, errichtet werden sollen. Fatal ist dabei vor allem die Vorschrift, dass schon bei einer Wohnbebauung mit fünf Häusern der Tausend-Meter-Abstand einzuhalten ist. Erneuerbarer Strom aus Wind wird damit in vielen Fällen verunmöglicht.
 - Der Entwurf hält ein schönes **Bonbon für die Erdgasbranche** bereit: Wird eine Anlage zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die bisher mit Kohle gefeuert wurde, auf Erdgas umgestellt – für das Gesetz sind das "moderne KWK-Systeme" –, gibt es für die neue Anlage einen Bonus von 180 Euro je Kilowatt pro ersetzter Kohle-Leistung. (Analog gibt es für die südlichen Bundesländer zusätzlich einen Süd-Bonus.)
- 3. Die Gesetze des Klimapakets erfuhren substantielle Kritik auch im Bundesrat (siehe #08).** Von den Kritikern wird gehofft, dass diese Gesetze in den Vermittlungsausschuss geschickt werden. Das betrifft vor allem die Regelungen zur Gebäudesanierung, zum Bahnverkehr, zum Wohngeld und zur Elektromobilität. Und betrifft auch die Abstandsregelungen bei der Windkraft, die den Grünen zufolge den weiteren Ausbau der

¹ Mit dem „Klimaschutzgesetz“ wird das „Klimaschutzprogramm“ der Bundesregierung in Gesetzesform gebracht. Siehe #25 und #26

² Das Kraftwerk liegt bei Datteln am Dortmund-Ems-Kanal

Windenergie abwürgen. Den Länderministern sind übrigen vor allem auch die finanziellen Belastungen der Länderhaushalte ein Dorn im Auge: Wenn der Bund durch die CO-Steuer zweistellige Milliardenbeträge einnimmt, müssen die Länder daran beteiligt werden, ansonsten werde man den Vermittlungsausschuss anrufen.

4. Evaluierungen von CO₂-Emissionswerten:

- **Im sogenannten „Brown to Green Report“ werden Emissionswerte der G20-Länder bewertet (siehe #010).** Im Report heißt es: Die G20-Länder³ sind für 80 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Der Treibhausgas-Ausstoß dieser Länder steige weiter. Die Emissionen nahmen im vergangenen Jahr um 1,8 Prozent zu. Deutschland schneidet im G20-Vergleich vor allem in den Bereichen Verkehr und Gebäude schlecht ab: So verursacht Deutschland rund 50 Prozent mehr CO₂-Emissionen für das Heizen und Kühlen von Häusern als der Durchschnitt der EU. Im Vergleich mit den anderen G20-Staaten liegen die Emissionen sogar doppelt so hoch. Auch der Verkehrssektor fällt wieder negativ auf: Hier liegen die Pro-Kopf- Emissionen in Deutschland ebenfalls deutlich über dem G20-Schnitt: bei 1,99 Tonnen CO₂ ohne Flugverkehr im Vergleich zu 1,13 Tonnen.

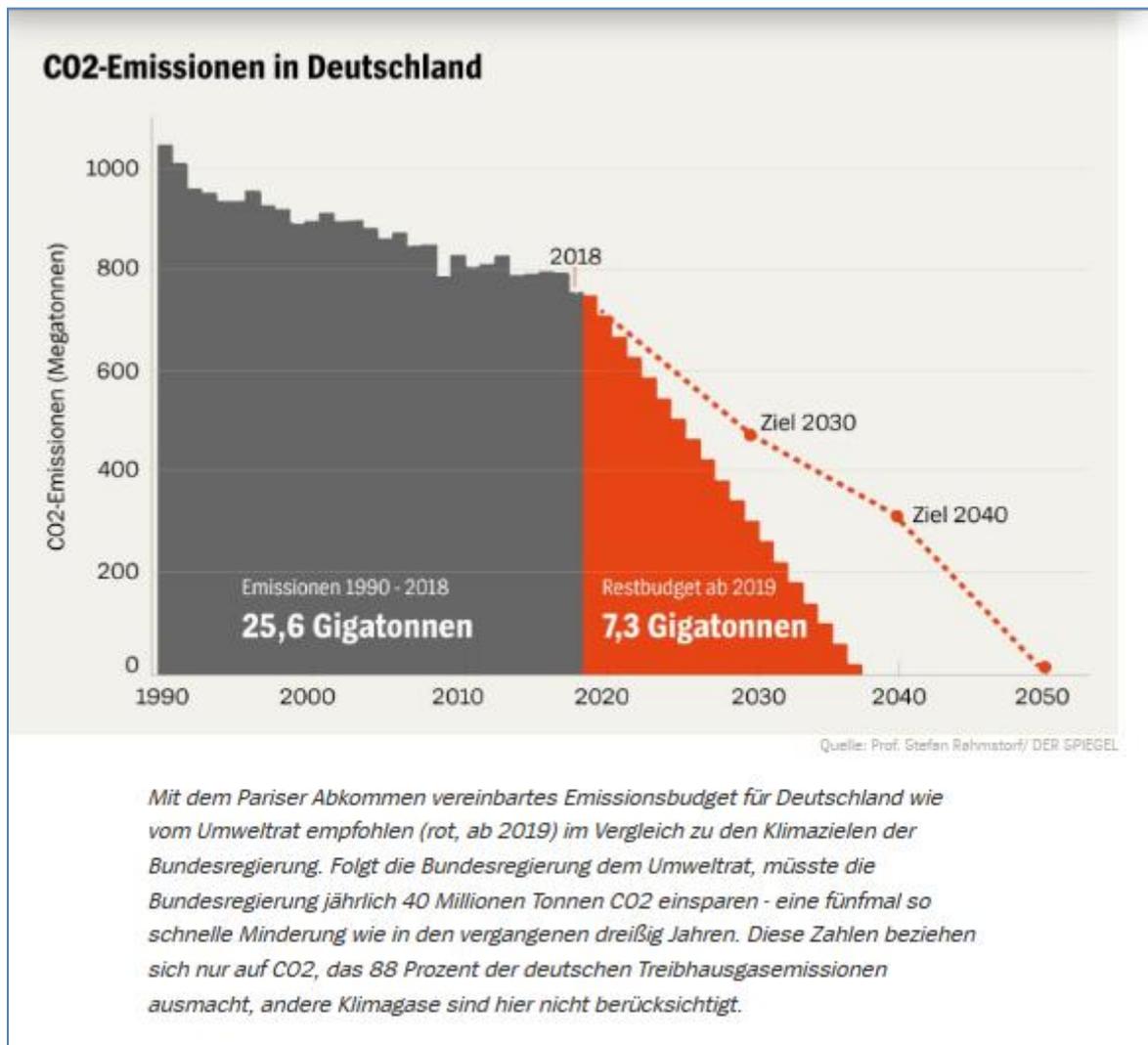
Die Bundesregierung hat in ihrem neuen Klimapaket den Fokus vor allem auf diese Bereiche gelegt. Nahezu alle Experten sind sich allerdings einig, dass die verabredeten Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen, um die Pariser Klimaziele zu nicht zu überschreiten. Denn selbst wenn die Staaten ihre aktuellen Klimaschutz-Zusagen erfüllen, dürfte es Klimaforschern zufolge bis Ende des Jahrhunderts auf der Erde im Durchschnitt drei Grad wärmer werden - mit katastrophalen Folgen für Gletscher und Polareis, Korallenriffe, Artenvielfalt und für die Menschheit. Um dem entgegen zu wirken, müsste der Verbrauch von Erdöl, Kohle und Erdgas drastisch sinken. Derzeit jedoch bestreiten die G20-Länder 82 Prozent ihres Energiebedarfs aus fossilen Quellen. Schon jetzt ist übrigens absehbar, dass der zukünftige Energiebedarf kontinuierlich weiter steigt.

- **Evaluert wurden jüngst auch – unter Leitung des früheren IPCC-Chefs Watson – die Pariser Klimaziele (aller Kontrahenten des Pariser Abkommens) mit ähnlich niederschmetternden Ergebnissen (siehe #016):** Um das 1,5-Grad-Ziel des Paris-Abkommens einzuhalten, müssten die globalen Emissionen bis 2030 halbiert werden, hat der Weltklimarat IPCC vor einem Jahr in einem Sonderbericht vorgerechnet. Doch laut Studie decken die bisher abgegebenen Klimaversprechen nur die Hälfte der Emissionsreduktion ab, die dafür nötig wäre.

- #### 5. Von der Notwendigkeit, in der Klimafrage Emissionsbudgets zu betrachten (Siehe #14):
- In der Klima-Energiendebatte werden oft nur Emissionszielwerte oder Emissionsminderungszielwerte für bestimmte Jahre diskutiert. So hat sich die Bundesrepublik schon vor Jahren dazu verpflichtet, ihre Emissionswerte (von 1990) bis 2030 um 55 Prozent zu verringern. Dieser Wert ist im folgenden Bild am rechten Bildrand eingetragen. 2050 will die Bundesrepublik schließlich (der punktierten Linie folgend) kein CO₂ mehr emittieren. Der Umweltrat (SRU) hat allerdings einen anderen Pfad empfohlen, er entspricht dem massiven roten Dreieck im Bild. Demnach müsse

³ Dazu gehören: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, die USA und die Europäische Union.

Deutschland seine Emissionen wesentlich schneller reduzieren und schon im Jahr 2038 bei null Emissionen angelangt sein.



Der Unterschied der zwei Pfade ist bedeutsam in folgender Hinsicht: Auf dem BRD-Pfad wird von 2018 bis 2050 etwa die doppelte Menge CO₂ emittiert wie auf dem SRU-Pfad. Konkret hat dies folgende Konsequenz: Die Bundesrepublik beansprucht fast das Doppelte des CO₂-Budgets, das unserem Anteil an der Weltbevölkerung (1,1%) entspricht. Aus Gerechtigkeitsgründen ist dies keinesfalls zu rechtfertigen. Wir sind schließlich eines der reichsten Länder der Welt, das noch dazu in der Vergangenheit – auf die Weltbevölkerung bezogen – zu dem CO₂-Debakel überproportional beigetragen hat.

Zu diesem Gerechtigkeitsdefizit hat sich die Bundesregierung nie geäußert.⁴ Unklar ist auch, ob die Geschwindigkeit mit der Deutschland seine Emissionen reduzieren will, sofern andere Länder ähnlich verfahren, mit dem 1,5-Grad-Ziel überhaupt kompatibel ist. Die „Scientists for Future Deutschland“ hat deshalb „Transparenzerwartungen“ an die Bundesregierung öffentlich ausgesprochen (**siehe #24**).

⁴ Kaum zu glauben: Heute, am 27.11., hat die Bundeskanzlerin in Ihrer Haushaltsrede genau dieses Defizit erwähnt, wie im Fernsehen zu sehen war.

6. Das renommierten Wuppertal-Institut legte ein Diskussionspapier vor: „Die Debatte um den Klimaschutz – Mythen, Fakten, Argumente“ (siehe #20)

LITERATUR:

#02: <https://www.klimareporter.de/deutschland/umweltminister-gegen-pauschale-abstandsregelung>

#03: <https://www.klimareporter.de/deutschland/traeges-klimapaket-unfaire-mobilitaet-und-das-windkraft-ausstiegsgesetz>

#05: <https://www.klimareporter.de/energiewende/noch-ohne-braunkohle-aber-rigide-gegen-windkraft>

#08: <https://www.klimareporter.de/deutschland/laender-wollen-mehr-vom-klima-geld>

#10: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimaschutz-kein-g20-staat-ist-auf-1-5-grad-kurs-a-1295841.html#ref=rss>

#14: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/emissionsbudget-zur-wichtigsten-zahl-beim-klimaschutz-schweigt-die-regierung-a-1292033.html>

#16: <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/es-reicht-nicht>

#20:
https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7416/file/7416_Klimaschutz_Debatte.pdf

#24: <https://www.scientists4future.org/2019/09/transparenz-erwartungen-klimakabinett/>

25: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw46-de-bundesklimaschutzgesetz-667190>

#26:
https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzprogramm_2030_umsetzung_klimaschutzplan.pdf;